

Sorge um Israel – Frieden in Nahost

Sergey Lagodinsky

Israel, ein progressiver Traum

Deutschland muss sich über die Besonderheit seiner Beziehung zu Israel, das durch ein Spannungsverhältnis zwischen Nähe und Andersartigkeit gekennzeichnet ist, klar werden. Die Beurteilung Israels darf sich dabei aber nicht allein auf das Verhalten im Nahost-Konflikt beschränken, gerade die Sozialdemokratie muss daneben auch den gemeinsamen Wertekanon berücksichtigen.

Wie bei einem Großfamiliengeburtstag glänzen die meisten Israel-Gratulanten seit Monaten mit pathetischen Floskeln, schlecht versteckten Sticheleien und besserwisserischen Belehrungen gegenüber dem Jubilar. Über all dem schwebt das Bekenntnis zu einer Beziehung, die als »besondere« gilt, jedoch immer wieder in Frage gestellt wird.

Wer Verweise auf eine besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel zeremoniell, wie eine Geburtstagstorte mit 60 Kerzen vor sich herträgt, vergisst, dass Staaten wie Menschen in einem Bündel vielerlei besonderer Beziehungen leben. Es kommt also nicht darauf an, eine Besonderheit zu beschwören, sondern sie mit Inhalten zu füllen. Was heißt dies für die Beziehung zwischen Deutschland und Israel? Es gilt, dabei die drei zentralen Dimensionen des Besonderen auszuleuchten: die besondere Nähe zu Israel, die besondere Lage Israels und unsere eigenen deutschen bzw. sozialdemokratischen Prioritäten. Nur dann wird aus einem rituellen Bekenntnis eine zukunftsfähige Strategie des Besonderen.

Drei zentrale Dimensionen

Es geht zunächst um besondere Nähe. Juden und Deutsche teilen eine mehr als tausendjährige wechselhafte Geschichte der



Sergey Lagodinsky

(* 1975) ist Fellow am Global Public Policy Institute, Berlin (GPPi). Er ist Gründer und einer der Sprecher des Arbeitskreises Jüdischer Sozialdemokraten.

j-sozis@web.de

Koexistenz, Verfolgung und Vernichtung. Es geht um die *historische Nähe* einer gescheiterten, aber einzigartigen Symbiose und um die historische Unentrinnbarkeit der tödlichen Täter-Opfer-Nähe, die beide Völker für immer auf tragische Weise vereint.

Uns vereint aber auch eine andere, zukunftsweisende Gemeinsamkeit, eine *demokratische Nähe*, denn beide Staaten sind nach den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie verfasst. Trotz aller Probleme und Rückschläge verbindet uns ein Konsens von Demokraten, der auf einer Vision von Gleichheit und Freiheit gründet.

Es geht aber auch um die *gesellschaftliche Nähe* des Alltags: Um Ephraim Kishon und Zeruya Shalev auf unseren Bücherregalen, um Dani Karavan in unseren Galerien, Eitan Fox und Joseph Cedar in unseren Kinos und – ja auch das! – um Natalie Portman oder Dana International auf unseren Bildschirmen. Wir teilen mitei-

Zu guter Letzt sollte man über die *besonderen Prioritäten* Deutschlands nicht hinwegsehen. Als Wirtschaftsmacht ist Deutschland auf die Stabilität nahöstlicher Absatzmärkte und Energielieferungen angewiesen; als ambitionierter Wissenschafts- und Technologiestandort – auf den Austausch mit Forschungszentren in Israel. Und nicht zuletzt geht es um Deutschlands Sicherheit, die von unserer strategischen Positionierung gegenüber gewaltbereiten Ideologien abhängt, von denen viele sich in der Nahostregion eingestrichelt haben.

Nur gemeinsam können diese Dimensionen das Besondere erklären. Eine isolierte Betrachtung verzerrt das Bild, statt es zu präzisieren. Setzen wir nur auf die Gemeinsamkeiten zwischen Israel und westlichen Demokratien, sind wir versucht, die besondere Lage Israels auszublenden: seine existenzielle Bedrohung mitten im regionalen Kontext einer nationalstaatlichen Moderne. Betont man hingegen nur die Andersartigkeit der Lage Israels, so lagert man den jüdischen Staat ganz in die Fremde aus – der Konflikt verkommt zu einer Prügelei zwischen uneinsichtigen Wilden auf der orientalischen Spielwiese. Und schaut man ausschließlich auf die Prioritäten Deutschlands, so tappt man allzu leicht in die Falle des realpolitischen Egoismus, der nur kurzfristig währt.

Die Komplexität der Zusammenschau aller drei Dimensionen ist nicht einfach auszuhalten, denn sie erzeugt eine Spannung zwischen Nähe und Andersartigkeit – einen ambivalenten, fast psychoanalytischen Stoff, aus dem manch ein traditioneller Stereotyp gestrickt ist. Nicht umsonst steht Israel-Kritik so häufig im Verdacht, das Land zu einem »kollektiven Juden« der internationalen Gemeinschaft zu reduzieren. Nicht nur aus historischer Rücksicht ist es daher erforderlich, eine gesunde Mischung aus Eigenreflexion und Fremdempathie zu bewahren, wenn wir über Israel urteilen.

einander die Alltagswerte, die uns diese Alltagsnähe erleichtern.

Doch es geht auch um Israels *besondere Lage*. Es gibt kaum einen anderen Staat auf der Welt, der sich mitten in einer Umgebung befindet, die so zahlenmäßig überwältigend, so exterminatorisch ablehnend und so wertemäßig herausfordernd ist. Abgekoppelt von eigenen europäisch-amerikanischen Träumen leben die Israelis mitten in einem emotionalisierten nationalstaatlichen Umfeld, das nicht mit einem postmodernen Europa vergleichbar und für uns aus der sicheren Entfernung nur schwer nachvollziehbar ist.

Die Positionierung der deutschen Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie muss ihre *eigene Nähe* zum »Projekt Israel« wiederentdecken. In ihrem neuen Parteiprogramm bekennt sich die SPD neuerdings zu eigenen auch jüdischen Wurzeln. Die Rolle jüdischer Menschen bei der Gründung der SPD ist kein Zufall. Die Vision einer Emanzipation von Entrechteten liegt der Arbeiterbewegung zugrunde, genauso wie sie der jüdischen Emanzipation zugrunde lag. Die Sehnsucht nach einer Heimstätte für ein Volk, dessen Schicksal Jahrtausende lang fremdbestimmt blieb, war dabei kein Nationalismusprojekt unter vielen, sondern ein zutiefst emanzipatorischer, ein progressiver Gedanke der nationalen Selbstbefreiung und Selbstbestimmung.

Die Nähe ist beiderseitig: Der linke Geist bestimmte die Grundlagen des zionistischen Projektes in Palästina. Es waren linke Juden aus aller Welt, die das Land zu dem gemacht haben, was es ist – die Probleme dieses Landes inklusive. Lange Jahre waren die linken Parteien (zuerst MAPAI, später die *Arbeiterpartei*) die unanfechtbaren Regierungsparteien, die das Land auch durch die Kriege von 1948 (Unabhängigkeitskrieg), 1956 (Sinaikrieg), 1967 (Sechstagekrieg) und 1973 (Yom Kipur-Krieg) geführt haben. Das soziale Gerüst des Landes war auch jahrelang durch die Ideen der Sozialdemokratie geprägt: Die Kibbuzim als treibende Kraft der wirtschaftlichen Neugestaltung, die *Histatrud* als eine mächtige Gewerkschaft, die *Clalit*-Krankenkasse, die eine faire Gesundheitsversorgung ohne Einkommensunterschiede gewährleistet hat.

Dass Israel bei all dem von der politischen Linken im Ausland zunehmend als ideologischer Gegner angesehen wurde, ist die Ironie des Nahostkonflikts. Unser politischer Kompass versagt im Nahen Osten, denn wir scheinen Schwierigkeiten damit zu haben, die *besondere Lage* Israels ins

eigene ideologische Koordinatensystem aufzunehmen. Der internationale Konflikt, in dem die Sprache des Antiimperialismus zweckentfremdet wurde, verschob die Links-Rechts-Orientierung weg von allumfassenden Fragen der Gerechtigkeit hin zur oberflächlichen Betrachtung des Konfliktverhaltens: Wer in Israel links und wer rechts ist, wird von uns seit Jahren nach ihrer Position im Konflikt mit den Palästinensern beurteilt. Indes ist dies nicht nur falsch, sondern auch für unser Selbstverständnis als linke Kraft schädlich – denn dadurch reduzieren wir unsere eigene Ideologie auf das einfache Krieg-Friedens-Schema und blenden die Komplexität der politischen und sozialen Wirklichkeit aus.

Das binäre Fernglas beiseite legen

Unter diesen Umständen hängt unsere Beziehung zu Israel nicht nur von unserer Positionierung gegenüber dem jüdischen Staat, sondern vor allem zu seiner Umgebung ab. Legt man das binäre Fernglas des Nahostkonflikts beiseite, fragt man sich, was viele Sozialdemokraten so empathisch gegenüber zahlreichen problematischen Akteuren von *Hisbollah* bis Iran macht. Gerade hier müssen wir uns auf unsere besonderen sozialdemokratischen Prioritäten rückbesinnen. Diese sind nicht auf Konfliktbeilegung um jeden Preis beschränkt, sondern beinhalten die Sicherung von Frauen- und Minderheitenrechten, die Unterstützung von Arbeitnehmerrechten oder die Förderung sozialer Gerechtigkeit. Diese grundlegenden Werte müssen raus aus dem goldenen Käfig des Innerstaatlichen, um bei der Ausrichtung unserer Außenpolitik eine nicht nur rhetorische Rolle zu spielen. Unterlassen wir diese Ausrichtung, so wird die sozialdemokratische Formel des Wandels durch Annäherung zu einem realpolitischen Freibrief: Wer kritische Dialoge mit Regimes,

wie dem im Iran führt, darf nicht vergessen, dass eine Annäherung kein Selbstzweck ist, sondern auf einen Wandel abzielen muss. Eine Annäherung ohne Wandel wäre Realpolitik pur, die die Bezeichnung »sozialdemokratische Außenpolitik« nicht verdienen würde. Es geht also auch bei unserer Auseinandersetzung mit Israels Nachbarn um unser Selbstverständnis als Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Partei muss sich auf die Suche nach ihrer eigenen besonderen Beziehung zu Israel begeben. Der erste Schritt ist getan: Das Bekenntnis zu Israels Existenzrecht steht im Hamburger Programm. Das ist freilich nicht ausreichend. Was wir brauchen, ist ein Bekenntnis zu Israel als historischem Pro-

dukt der politischen Linken und als Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts eines lange unterdrückten Volkes. Es bedarf einer Entkoppelung der Betrachtung des Nahostkonflikts vom antiimperialistischen Diskurs, sowie einer bewussten Vermeidung des Links-Rechts-Schematismus ausschließlich nach der Positionierung der Beteiligten im Nahostkonflikt. Wenn dies geschieht, wird es auch für die deutsche Sozialdemokratie einfacher sein, mit ihrer häufig berechtigten Kritik am israelischen Verhalten reale Veränderungen in der Region zu erzielen. 60 Jahre Israel sind auch 60 Jahre eines zum Staat gewordenen progressiven Traums. Es ist an der Zeit, Israel diesen Traum zuzugestehen.

Mustafa Barghouthi

Israel, eine Tragödie für die Palästinenser

Nur wenige erinnern sich daran, dass die Gründung des Staates Israel vor 60 Jahren durch die Resolution 181 der VN-Generalversammlung 1947 legitimiert wurde. Darin hieß es, dass die Gründung eines israelischen Staates auf 54 % des palästinensischen Landes an die Schaffung eines palästinensischen Staates auf fast 45 % desselben Landes geknüpft sei. Israel wurde gegründet, Palästina hingegen nicht. Dieses Unrecht währt bis heute.

Mustafa Barghouthi

(* 1954) ist Generalsekretär der Bewegung *Al-Mubadara* (Palästinensische Nationale Initiative), Mitglied im Parlament (PLC) und ehemaliger Informationsminister der Einheitsregierung.

almubadara@almubadara.org



Nach der Gründung Israels brach ein Krieg aus, den israelische Truppen nach der offiziellen Bezeichnung in Israel als »Unabhängigkeitskrieg« führten und den der israelische Historiker Ilan Pappé als »ethnische Säuberung von Palästina« bezeichnet. In Folge dessen wurde die Hälfte

der palästinensischen Bevölkerung gewaltsam vertrieben und es entstand das langwierigste Flüchtlingsproblem der Geschichte, bei dem fünf Millionen Palästinenser enteignet wurden und seither endlose Träume von einer Rückkehr in ihre verlassene Heimat gegan.

Eine mögliche Herangehensweise an diese Geschichte ist, die Tragödie der Palästinenser als Resultat der Tragödie des jüdischen Volkes in Folge des Holocaust und der Zeit davor zu sehen. Mit den Worten von Professor Edward Said waren wir »die Opfer der Opfer« geworden.

Doch ebenso, wie keiner das Recht hat, das Leid des jüdischen Volkes unter dem